

Hubert Seegers **„Es sind Zeiten
der Kooperation,
nicht der Intervention“**

Friedenssuche in Kolumbien

In der Woche vom 20. bis zum 25. September besuchte eine kolumbianische Delegation die UN in New York und die US-amerikanische Regierung in Washington. Die dortigen Gespräche drehten sich um den Zustand der kolumbianischen Nation und darum, welche Hilfen Kolumbien von internationalen Geldgebern und von der US-amerikanischen Regierung zu erwarten hat. Gegen alle Spekulation über die wachsende Wahrscheinlichkeit militärischer Aktionen betonte Pastrana: „Ich erkläre feierlich, daß Kolumbien jedwede ausländische Einmischung oder Intervention in interne Angelegenheiten ablehnt.“

■ **Zwischen Krieg
und Frieden**

FARC

Mehr als vier Monate nach der Verabschiedung einer „gemeinsamen Agenda für den Wechsel zu einem neuen Kolumbien“ vom 6. Mai in La Machaca gibt es noch keine Anzeichen zur Umsetzung dieses Fahrplans. Zur Verabschiedung der Agenda war es gekommen, weil sich vier Tage zuvor in Caquetania Präsident Pastrana und Maruel Marulanda in Punkt 4 eines Kommuniqués darauf verständigt hatten, „ab dem kommenden 6. Mai die Verhandlungen und das Gespräch über die bereits vereinbarten Punkte der gemeinsamen Agenda zu beginnen.“ In Punkt 7 des gleichen Kommuniqués heißt es: „In dieser Absicht (zur Grundlegung eines wahrhaften und dauerhaften Friedens, Verf.) werden wir in gemeinsamem Einverständnis (conformaremos de común acuerdo) eine

Monate nach der Unterzeichnung der gemeinsamen Agenda durch die im Untergrund operierenden FARC und die kolumbianische Regierung sind die Chancen für eine Befriedung des im Strudel der Gewalt versinkenden Landes schlecht wie eh und je: Weder ist die Frage des Gefangenenaustauschs – Guerrilleros haben und von der Guerrilla entführte Regierungssoldaten dröben – geklärt noch sind die bewaffneten Auseinandersetzungen selbst zum Stillstand gekommen. Auch die revolutionäre ELN sowie die Paramilitärs zeigen bislang wenig Neigung, den Weg der Gewalt zu verlassen. Stellte auch der USA-Besuch des Präsidenten Pastrana im September des Jahres und seine Bemühungen um US-amerikanische und internationale Hilfen für das gebeutelte Land ein Zeichen der Hoffnung dar, so deuten doch die anhaltende Gewalt, aber auch die Ankündigung der FARC, die Gespräche mit Bogotá zu suspendieren, sowie die Schwierigkeiten der Landesführung bei der Bekämpfung von Armut, sozialer Ungerechtigkeit und *narco-guerrilla* das unvermeidliche Platzen des Traums vom baldigen Frieden in Kolumbien an.

internationale Kommission der Begleitung bilden, deren Mitglieder als Schiedsleute (*verificadores*) dienen sollen, um jedwede möglicherweise auftretende Schwierigkeit überwinden zu können.“

Von diesem letzten Punkt will Marulanda inzwischen nichts mehr wissen oder er interpretiert ihn so, daß das gemeinsame Einverständnis erst noch erzielt werden muß. Pastrana setzt das Einverständnis dahingegen voraus und beharrt – prinzipiell, wenngleich in der Form flexibel – auf der Einberufung einer Schiedskommission oder, wie auch schon zu lesen war, auf der Einhaltung des Völkerrechtes. Am 18. September verlautbarte Victor G. Ricardo, von einer Schiedskommission sei nie die Rede gewesen, sondern nur von einer internationalen Begleitung.

■ Ein noch nicht gelöstes Hindernis vor der endgültigen Aufnahme von Gesprächen ist die Freilassung von inhaftierten Guerrilleros einerseits und die der Gefangenen und Entführten der Guerrillas andererseits.

Ein weiteres noch nicht gelöstes Hindernis vor der endgültigen Aufnahme von Gesprächen ist die Freilassung von inhaftierten Guerrilleros einerseits und die der Gefangenen und Entführten der Guerrillas andererseits. Die FARC beharren auf der Ermöglichung eines Austausches im Kampf gefangen genommener Personen. Das würde zum einen eine Anerkennung des Kriegszustandes bedeuten und zum anderen, daß die ca. 460 „zivilen“ Entführten der FARC nicht von dem Austausch betroffen wären. Marulanda wäre einverstanden, diese Möglichkeit durch ein Referendum bestätigen zu lassen. Dazu wären die Regierung Pastrana und der Kongreß nicht bereit. Eine Gesetzesinitiative, die derzeit beraten wird, soll mehr ein humanitärer Akt sein als ein auf Dauer gültiges Gesetz. Von diesem humanitären Akt wären all diejenigen ausgeschlossen, die Verbrechen gegen die Menschlichkeit begangen haben.

Es ist auch weiterhin so, daß Friedensverhandlungen geführt werden sollen, während die bewaffneten Auseinandersetzungen weitergehen. Die spektakulärste Aktion der FARC in dieser Zeit war die Besetzung des Wasserkraftwerkes Anchicavá im Südwesten des Departements Valle de Cauca am 30. August. Dieses Kraftwerk ist zu 57 Prozent in venezolanischem und US-amerikanischem Besitz. Die Freilassung der über einhundert Bediensteten wurde mit der Forderung nach einer dreißigprozentigen Reduktion des Stromtarifes verbunden. Die Aktion ist relativ untypisch für die FARC und veranlaßt die Frage, ob es möglicherweise eine Erweiterung der

militärischen Strategie gegeben hat. Nach gut einer Woche zog sich die Guerrilla zurück und in der Folge kam es zu Auseinandersetzungen mit den Streitkräften, in denen an einem Ort (Dagua) 25 und an einem anderen (San Francisco) acht Guerrilleros gefallen sein sollen.

Zu einer weiteren Konfrontation mit dem Bloque Oriental der FARC kam es am 1. September in Hato Corazal im Departement Casanare. Das kolumbianische Militär behielt die Oberhand und tötete mehr als 50 Guerrilleros, unter ihnen zwei Anführer, Rogelio und Robledo, von denen der letztere u.a. für die Ermordung von drei US-Bürgern verantwortlich gewesen sein soll. Daneben wurde eine Zahl von 775 Kämpfern der FARC genannt, die durch die Aktionen der Streitkräfte in den letzten zehn Monaten gefallen sein sollen. Diese hohe Zahl soll darauf hinweisen, daß die Armee zunehmend in der Lage ist, den Aktionen der Guerrilla mit Erfolg entgegenzutreten.

Seit Sonntag, dem 19. September, befand sich Präsident Pastrana in Begleitung seines Außenministers und anderer hoher Beamter in New York und Washington, um „eine umfassende Strategie (*plan integral*)“ vorzustellen, „die es ermöglichen soll, in den Lösungen all jener Probleme voranzukommen, in denen sich das Land befindet.“ Im Vorfeld des Besuches äußerte der Außenminister: „Der kolumbianische Staat hat gemäß der Verfassung und den Gesetzen die Verpflichtung, die öffentliche Ordnung auf dem gesamten Territorium der Nation zu bewahren. [...] Wir hätte es lieber gesehen, daß sich der Friedensprozess während eines Waffenstillstandes entwickeln würde, aber [...] das ist nicht möglich gewesen.“

Gleichfalls am Sonntag – aber vermutlich zwei Tage vorher verfaßt – gaben die FARC ein Kommuniqué heraus, mit dem sie den Dialog mit der Regierung auf unbestimmte Zeit suspendierten. Dafür gaben sie folgende Gründe an:

1. Das Beharren der Regierung auf einer „internationalen begleitenden Verifizierungskommission“, die für die FARC inakzeptabel ist,
2. nicht befriedigende Ergebnisse in den Anstrengungen gegen die Paramilitärs,

■ Seit Sonntag, dem 19. September, befand sich Präsident Pastrana in Begleitung seines Außenministers und anderer hoher Beamter in New York und Washington, um „eine umfassende Strategie (*plan integral*)“ vorzustellen, „die es ermöglichen soll, in den Lösungen all jener Probleme voranzukommen, in denen sich das Land befindet.“

3. die Allianz Pastranas und der USA, um den Krieg gegen die FARC zu verschärfen, unter dem Vorwand der Drogenbekämpfung,
4. den Druck der kolumbianischen Regierung, den FARC die politische Repräsentation und Betätigung im Ausland unmöglich zu machen,
5. die nicht gelösten sozialen Probleme des Landes und
6. den nicht zustande kommenden Austausch von Gefangenen.

Die Möglichkeiten, die es angesichts dieser komplexen Situation gibt, bestehen – in dem zur Zeit wahrscheinlicher werdenden – abrupten Ende des Friedensprozesses: es käme zu keiner Wiederaufnahme von Verhandlungen, die *zona de despeje* würde – möglicherweise – in blutigen Auseinandersetzungen wieder von den Streitkräften besetzt und auch über dieses Gebiet hinaus würden die Kampfhandlungen zunehmen – eine historische Chance wäre vertan. Oder aber es käme trotz der unüberwindlich scheinenden Bedingungen doch noch zu einer Fortsetzung der Gespräche.

Der Präsident hat m. E. die Wahl zwischen dem Schlechten und dem noch Schlechteren. Die Alternativen liegen zwischen dem Verlust an Glaubwürdigkeit und dem definitiven Scheitern der Friedensbemühungen in dieser Regierungsperiode, zwischen einer ungewissen Zahl von Opfern, die an dem nur langsamen Prozeß einer schließlich erhofften gesellschaftlichen Lösung des Konfliktes sozusagen vorzeitig zugrunde gehen, und dem relativ sicheren Tod vieler Menschen in dem plötzlichen Ausbruch verstärkter militärischer und gegnerischer Gewaltanwendung.

■ Gelänge es, doch noch einen wirklichen Friedensprozeß in Gang zu bringen, so wird auch die Glaubwürdigkeit des Präsidenten wiederhergestellt sein. Scheitert er schließlich trotz allem, so ist zumindestens versucht worden, jedwedes friedliche Mittel einzusetzen.

Gelänge es, doch noch einen wirklichen Friedensprozeß in Gang zu bringen, so wird auch die Glaubwürdigkeit des Präsidenten wiederhergestellt sein. Scheitert er schließlich trotz allem, so ist zumindestens versucht worden, jedwedes friedliche Mittel einzusetzen. Käme es andererseits zum Ausbruch verstärkter Gewalt, so wäre damit das gesellschaftliche Problem nicht gelöst. Diese beiden Argumente sprechen immer noch, aber nur solange, bis das Scheitern der friedlichen Bemühungen festgestellt wird, dafür, Verhandlungen der kolumbianischen Regierung mit den FARC Priorität einzuräumen.

Das würde allerdings bedeuten, daß die auf Zeit spielende Guerrilla in ihrem „Kampf um die Macht und nicht nur eines Stückchens davon“ weiter vorankäme und daß die Auseinandersetzung mit denen, die „einen Sozialismus für die Kolumbianer wollen, der die gesamten Erfahrungen der bisherigen sozialistischen Experimente in sich vereinigt,“ im wesentlichen noch ausstünde.

Für beide Alternativen gibt es Unterstützung bzw. Entwicklungen, die sich nutzen lassen. In der „Woche für den Frieden“ vom 6. bis zum 12. September, unter Beteiligung von Rigoberta Menchú, ging es um all jene Aspekte, die eine breite Verankerung des Friedensprozesses in der Bevölkerung und deren permanente Beteiligung bewirken sollen. Seit einigen Wochen werden, wie schon vor eineinhalb Jahren, wiederum regionale Bündnisse zur Regelung des Konfliktes diskutiert. Anlaß ist die Entführung des Bischofes von Tibú, Msgr. José de Jesus Quintero, im Departement Norte de Santander. An eigenen Verhandlungstischen sollen die Verantwortlichen der Departementsverwaltung und Vertreter der für die Entführung des Bischofs verantwortlichen EPL eine Lösung suchen. Der starke Zentralismus der Friedensverhandlungen würde dadurch etwas abgeschwächt. Der Bischof wurde am Sonntag, dem 19. September, nach 35 Tagen der Entführung freigelassen. Viele von denen, deren Namen immer in Zusammenhang mit der Friedensthematik genannt werden, der Procurador Jaime Bemal Cuellar, Vertreter bedeutender Gremien der Industrie und Vertreter der Liberalen Partei, plädieren dafür, den Friedensprozeß auf eine breite Basis zu stellen und endlich auch eine internationale Vermittlung zuzulassen.

In Richtung der militärischen Option weist die Aufrüstung der staatlichen Streitkräfte, insbesondere die Schaffung einer Antidrogeneinheit innerhalb des Militärs (1200 Mann, 18 Hubschrauber, ausgebildet von 67 US-Amerikanern). Wenn es zutrifft, daß die FARC bedeutende Waffenkäufe in Zentralamerika getätigt haben (u.a. Boden-Luft-Raketen vom Typ Stinger), so hat sich auch hier das militärische Drohpotential erhöht. Der Regierung – so Victor G. Ricardo – liegen diesbezüglich allerdings keine Hinweise vor. Äußerungen von Barry MacCaffrey, dem *zar antidrogas* der USA, weisen ebenfalls in die Rich-

■ In Richtung der militärischen Option weist die Aufrüstung der staatlichen Streitkräfte, insbesondere die Schaffung einer Antidrogeneinheit innerhalb des Militärs.

tung einer Verschärfung des Konfliktes. Das Rückzugsgebiet sei ein Trainingscamp für die Guerilla mit einem unglaublich hohen Grad an Straflosigkeit für kriminelle Delikte. So werde eine eigene Gerichtsbarkeit praktiziert bis hin zu Exekutionen. Koka werde angebaut, und es habe bisher keine einzige Geste des guten Willens gegeben.

Am 11. September wurden in Ecuador 50 km von der kolumbianischen Grenze entfernt sieben Kanadier, ein US-Bürger, drei Spanier und eine Belgierin von Bewaffneten mit kolumbianischem Akzent entführt. Drei Tage zuvor war Raul Reyes, einer der Unterhändler der FARC, im ecuadorianischen Fernsehen aufgetreten und hatte davor gewarnt, sich von den USA in den Konflikt in Kolumbien hineinziehen zu lassen. Er bezog sich dabei auf Stationierungen in dem ecuadorianischen Stützpunkt Manta, wohin ebenso wie nach Aruba und Curaçao US-amerikanische Truppen aus Panama verlegt worden waren. Vieles deutet darauf hin, daß trotz der wiederholten Beteuerungen der kolumbianischen Regierung, keine Bedrohung für die Region darzustellen, es doch mindestens zu Entführungen auf dem Territorium anderer Staaten kommt. Als Urheber dieser Handlungen werden derzeit die FARC angenommen. Sie haben sich selber nicht dazu bekannt.

ELN

Nach und nach kommen einige der von der ELN entführten Personen frei. Am 5. September kamen vier aus der Gruppe der Entführten der Kirchengemeinde La María nach einem achttägigen Fußmarsch zu Hause an. Zuvor waren drei Personen freigelassen worden. Derzeit spricht man davon, daß es mehrere Kranke gebe und auch diese bald nach Hause geschickt würden.

Die ELN will mit jeder Familie einzeln verhandeln. Diese bemühen sich intensiv um ihre Angehörigen. Bisher war von keinen Lösegeldzahlungen die Rede, obwohl bis zu fünf Millionen DM gefordert werden; und man versichert, nicht um den Beistand paramilitärischer Kräfte gebeten zu haben, die in den vergangenen Wochen im Departement Valle besondere Aktivität entfaltet haben.

Am 16. September nahmen Vertreter der sogenannten Zivilgesellschaft, darunter Vertreter ver-

■ Am 16. September nahmen Vertreter der sogenannten Zivilgesellschaft, darunter Vertreter verschiedener Parteien, unter Leitung des Procuradors Jaime Bemal Cuellar den im Februar abgebrochenen Kontakt zur ELN wieder auf.

schiedener Parteien, unter Leitung des Procuradors Jaime Bemal Cuellar den im Februar abgebrochenen Kontakt zur ELN wieder auf. Das Treffen fand in Caracas statt, und es ging um die Freilassung der Entführten wie auch um die Einberufung einer *convención nacional*, in der Eckpunkte eines Friedensprozesses festgelegt werden sollen.

Stimmte dieses Treffen ein wenig optimistisch, so wurde der kleine Keim der Hoffnung am Samstag danach durch die Entführung von zur Zeit neun identifizierten Personen in einem Ausflugsgebiet 70 km östlich von Medellín gleich wieder zunichte gemacht. Bisher wird angenommen, daß die ELN für die Tat verantwortlich ist.

Paramilitärs

Das Departement Norte de Santander gilt als die Wiege der ELN. Hier operierte ihr legendärer Anführer Cura Perez. Hier verlaufen die Öl-Pipelines, die zur Erpressung von „Schutzgeldern“ wiederholt in die Luft gesprengt wurden, und hier hat die FLN eine soziale Infrastruktur aufgebaut. In den letzten drei Jahren hat zudem der Kokaanbau in der Region überproportional zugenommen. All dies sind Gründe, die es nach den Gesichtspunkten der Paramilitärs nahelegen, in dieser Region zu intervenieren. Es kann dort gelingen, die Sicherheitszonen der ELN zu durchbrechen und die wichtige Verbindung zu Venezuela abzuschneiden. Die 30 000 bis 50 000 Hektar Anbaufläche garantieren eine monatliche Produktion von ca. acht Tonnen Kokain.

Am 29. Mai wurde das erste Eindringen der Paramilitärs in das Gebiet am Fluß Catatumbo registriert. Seitdem soll es zu Massakern an bis zu 250 Personen gekommen sein. Die Flucht vieler Menschen, insbesondere nach Venezuela, war die Folge. Am Wochenende des 21./22. August fuhren Kleintransporter mit paramilitärischen Einheiten vor und ermordeten in dem Ort La Gabarra 36 Einwohner, 30 Personen verschwanden.

Daraufhin mußte der für die Sicherheit dieser Region verantwortliche General Alberto Bravo Silva seinen Dienst wegen unterlassener Maßnahmen quittieren. Wie er allerdings behauptete, war seine Entlassung die Revanche für seine Solidarität mit dem im

■ Das Departement Norte de Santander gilt als die Wiege der ELN. Hier operierte ihr legendärer Anführer Cura Perez. Hier verlaufen die Öl-Pipelines, die zur Erpressung von „Schutzgeldern“ wiederholt in die Luft gesprengt wurden, und hier hat die FLN eine soziale Infrastruktur aufgebaut.

Mai ausgeschiedenen Verteidigungsminister Rodrigo Lloreda.

Attentat auf Jesus Bejarano

Neben den Gewalthandlungen in der direkten Konfrontation der bewaffneten Kräfte nehmen Attentate auf Schlüsselpersonen des Friedensprozesses kein Ende. Am 15. September abends um 18.30 Uhr wurde auf dem Weg zu einer Vorlesung der ehemalige Friedensunterhändler der Regierung Gaviria, Jesus Bejarano mitten in der Universidad Nacional von zwei bisher unbekanntem Tätern erschossen.

Zusammenfassung

Hinter der Äußerung Castaños, die er nach den vielen Toten in der Region des Catatumbo traf, „er sei des vielen Krieges müde“ und zu Gesprächen mit der Guerrilla bereit, steht nicht die Erkenntnis, daß der Krieg letztlich nicht zu gewinnen ist. Neben ihm gehen außerdem alle anderen subversiven Kräfte weiterhin davon aus, mit Gewaltanwendung Vorteile erlangen zu können. Angesichts der Opfer, die Castaño zu verantworten hat und deren Zahl noch zunimmt, ist seine Äußerung blanker Zynismus.

Erfolge der Regierung im Kampf gegen die *narco-guerrilla* lassen auf sich warten. Obwohl nahezu 70 000 Hektar pro Jahr vernichtet werden, wächst der Anbau in anderen Regionen mit noch größerer Geschwindigkeit.

Es wird immer schwieriger, den Knoten zu durchschlagen, der die Aufnahme von Verhandlungen zwischen Regierung und Guerrilla verhindert. Die Wahrscheinlichkeit einer härteren Gangart nimmt zu. Eine überraschende Wendung zum Guten brauchte den Rückhalt einer langfristigen Strategie, die die Wende fortführen könnte. Noch ist nicht bekannt, ob der erwähnte *plan integral*, den die Regierung in Washington präsentieren wird, diese Rolle spielen kann.

■ Es wird immer schwieriger, den Knoten zu durchschlagen, der die Aufnahme von Verhandlungen zwischen Regierung und Guerrilla verhindert. Die Wahrscheinlichkeit einer härteren Gangart nimmt zu.

■ **Wirtschaft**

Generalstreik

Für den 31. August war ein Generalstreik ausgerufen worden. Die großen Gewerkschaften bildeten ein Streikkomitee, das den Verlauf während der unbefri-

steten Dauer kontrollieren sollte und das mit der Regierung und Vertretern der Unternehmer verhandelte. Am ersten Tag gelang es vor allem den streikenden Busfahrern und den Angestellten in öffentlichen Einrichtungen und Unternehmen, das alltägliche Geschehen deutlich zu verlangsamen. Am zweiten Tag war von einem Streik kaum mehr etwas zu sehen. Das Komitee einigte sich dann auch mit der Regierung auf Verhandlungen, in denen die einzelnen Forderungen eines 41-Punkte-Papiers behandelt werden sollen. Die Verhandlungen erfüllen nur unzulänglich die in sie gesetzten Erwartungen. Die Gewerkschaften beschwerten sich über eine Hinhaltepolitik der Regierung.

Wichtigstes Ergebnis des Streikes ist wohl, daß die Gewerkschaften sich wiederum als Gesprächspartner für soziale Reformen in Erinnerung gebracht haben.

Ende des alten Systems der Wohnungsbaufinanzierung

Unter der Regierung Misael Pastranas war 1972 ein System zur Stimulierung der privaten Ersparnis und zur Finanzierung des Wohnungsbaus eingeführt worden, daß sich zur Erhaltung des Wertes der Ersparnisse und zur Ermittlung einer der Kaufkraft entsprechenden Rate der Kreditrückzahlung an der sogenannten „Einheit der konstanten Kaufkraft“ (Unidad de Poder Adquisitivo Constante, UPAC) orientierte. Im Laufe der Zeit wurde das System aufgeweicht und die Entwicklung des UPAC richtete sich nach der Entwicklung des Zinses für kurzfristige Termineinlagen. Das bedeutete für den Kredit-schuldner eine hohe Belastung in der Rückzahlung, u.U. durch die Aufsummierung von Zinseszinsen auf nicht gezahlte Kreditzinsen. Zur Veranschaulichung ein Beispiel: Der Wert eines Kredits über 35 Millionen Pesos, den ein Schuldner zur Finanzierung seiner Wohnungswünsche vor zwölf Jahren aufgenommen hat, beläuft sich heute auf gut 96 Millionen Pesos. Davon hat der Kreditnehmer 40 Millionen bezahlt, schuldet aber immer noch 56 Millionen. Ein Drama, das zum Zusammenbruch der Baufinanzierung und der Bautätigkeit geführt hat.

Ein Urteil des Verfassungsgerichtes schreibt nun den Entwurf eines neuen Systems vor, das sich anga-

begemäß an der Entwicklung des Konsumentenpreisindex orientieren soll. Das neue System soll in kürzest möglicher Frist im Kongreß beraten und verabschiedet werden.

Haushalt 2000 und Daten

Der Haushalt 2000 soll gegen über dem Haushalt dieses Jahres in absoluten Zahlen konstant bleiben. Aufgrund der zu erwartenden Inflation bedeutet das allerdings einen realen Rückgang um ca. zehn Prozent.

Der Haushalt 2000 soll gegenüber dem Haushalt dieses Jahres in absoluten Zahlen konstant bleiben. Aufgrund der zu erwartenden Inflation bedeutet das allerdings einen realen Rückgang um ca. zehn Prozent.

Die Inflation gemäß dem Konsumentenpreisindex ist leicht gestiegen von 7,2 Prozent im Juli auf 9,28 Prozent im August. Immer noch ein niedriges Niveau, das zumindest in den zurückliegenden zehn Jahren nicht erreicht wurde. Der Anstieg wird auf die erhöhte Nachfrage nach US-Dollar zurückgeführt, der sich mittlerweile am oberen Ende des festgelegten Wechselkurskorridors bewegt. Die politische Unsicherheit beeinflusst die Nachfrage nach dieser Währung und erzeugt auch spekulatives Verhalten (u.a. der Banken), welches wiederum auf den Wechselkurs zurückwirkt.

Die Verhandlungen mit dem Internationalen Währungsfond über drei Milliarden US-Dollar scheinen mit dem Besuch Pastranas in Washington kurz vor dem Abschluß zu stehen. Ein weiterer Betrag von 1,5 Milliarden Dollar u.a. von der Interamerikanischen Entwicklungsbank soll in soziale Projekte investiert werden. Bei diesen Summen handelt es sich um Kredite, die in den Folgejahren den Nettofinanzzufluß nahezu gegen Null gehen lassen und bei einer ungünstigen Zinsentwicklung sogar negative Auswirkungen haben werden.

Das Manuskript wurde am 21. September 1999 abgeschlossen.